

## NDB-Artikel

**Möller**, *Reinhard Johannes* Kirchenpolitiker, \* 4.2.1855 Radevormwald bei Remscheid, † 18.11.1927 Bielefeld. (evangelisch)

### Genealogie

V →Carl (1816–93), Dr. phil., D. theol., Pfarrer in Diersfordt b. Wesel, Mainz u. R., Konsistorialrat in Breslau u. Magdeburg, Gen.sup. d. Prov. Sachsen, S d. →Friedrich Wilhelm (1758–1847), Postdir. in Schwelm (Westfalen), u. d. Julie Wagenknecht (1760–1865);

M Mathilde (1824–71), T d. →Johann Wilhelm Zanders (1795–1831) aus Düsseldorf, Papierfabr. in Bergisch Gladbach, u. d. Julie Müller (1804–69);

Ov →Wilhelm (1815–83), Gen.postdir. in Koblenz, →Julius (1818–79), Dr. med., Sanitätsrat, Leiter d. Krankenhauses in Schwelm;

Om →Richard Zanders (1826–70, ⚭ →Maria Johanny, 1839–1904, leitete nach d. Tod ihres Mannes d. Papierfabrik, gründete 1894 d. Altenberger Dom-Ver.), Papierfabr., 1865–67 altliberales Mitgl. d. Preuß. Abg.hauses (s. Rhein.-Westfäl. Wirtsch.biogrr. IV, 1941, S. 103–18);

– ⚭ Lüneburg 1886 Marie (1863–1929), T d. →Bernhard Frederich (1809–78), hann. Hofweinhändler in Lüneburg, preuß. KR, u. d. Sofie Meyer (1824–95) aus Groß Oesingen b. Celle;

N →Paul (1886–1956), Pfarrer in Könnigde u. Uenglingen (Altmark).

### Leben

M. studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen, Göttingen und Berlin. Seine berufliche Laufbahn begann er als Gerichtsassessor am Amtsgericht Magdeburg und bei den Staatsanwaltschaften Magdeburg, Lüneburg und Naumburg/Saale. 1886 wechselte er in den Verwaltungsdienst und ging als Regierungsassessor, später Regierungsrat, nach Gumbinnen (Ostpreußen). Eine Lungenerkrankung führte ihn während seiner Studien- und frühen Berufszeit wiederholt in ernste gesundheitliche Krisen. 1890 siedelte er nach Berlin über; er war zunächst als juristischer Hilfsarbeiter im preuß. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten tätig. 1891 trat er als juristischer Oberkonsistorialrat in den Ev. Oberkirchenrat (EOK), die oberste Verwaltungsbehörde der preuß. Landeskirche, ein: 1904 wurde er zum weltlichen Vizepräsidenten des EOK ernannt. Als 1918 nach dem Zusammenbruch der Monarchie und dem Ende des landesherrlichen Kirchenregiments eine Trennung der Kirche vom Staat und eine Beendigung der Staatsleistungen drohte, setzte M. auf die Sammlung aller prot. Kräfte

in einem „Vertrauensrat“ und die Aktivierung der Basis in den Gemeinden zur Wahrung der kirchlichen Interessen. Am 18.7.1919 wurde M. zum Präsidenten des EOK berufen. In dieser Funktion war er maßgeblich beteiligt an der verfassungsmäßigen Neuordnung der preuß. Landeskirche, die in der Verfassung der Ev. Kirche der Altpreuß. Union 1922 ihren Abschluß fand. Die politische Linie, die M. gegenüber dem preuß. Staat verfolgte, blieb im wesentlichen für den EOK bis zum Ende der Weimarer Republik bestimmend.

M. war konservativer Anhänger eines autoritär-monarchischen Staates mit christlicher Prägung. Er betrachtete die historische Entwicklung zum republikanischen Verfassungsstaat jedoch als nicht revidierbar. M. suchte zu diesem, im Gegensatz zu einem Großteil der konservativen Rechten in der preuß. Landeskirche, einen friedlichen Ausgleich und strebte danach, der Kirche weitgehende Freiheit zu sichern, ohne ihre institutionelle Sonderstellung aufzugeben und auf finanzielle Zuwendungen des Staates zu verzichten. Durch partielle Kompromißbereitschaft wehrte er staatliche Forderungen nach Demokratisierung innerhalb der kirchlichen Verfassungsstrukturen ab. M. leitete Verhandlungen über einen Staatsvertrag zwischen der ev. Kirche und dem preuß. Staat ein, die allerdings erst unter seinem Amtsnachfolger zu einem erfolgreichen Abschluß kamen.

In seine Amtszeit fiel die Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes (1922), des ersten engeren Zusammenschlusses der deutschen ev. Landeskirchen. Als Vorsitzender des Deutschen Ev. Kirchenausschusses (DEKA) war M. 1922-25 Repräsentant des Gesamtprotestantismus in Deutschland. In dieser Funktion stellte er die Weichen für die deutsche Beteiligung an der ökumenischen Bewegung für praktisches Christentum (Life and Work) und an der Weltkonferenz in Stockholm 1925. Am 31.1.1925 trat M. in den Ruhestand.]

### **Auszeichnungen**

D. theol. (Berlin 1910);

Roter Adlerorden 2. Kl. mit Stern.

### **Werke**

Austritte aus d. Landeskirchen u. d. Stellung d. Kirche dazu, 1909;

D. Harnack u. d. Fall Traub, Eine Entgegnung, 1912;

Die Umlagen d. altpreuß. Landeskirche, 1918.

### **Literatur**

J. Jacke, Kirche zw. Monarchie u. Republik, Der preuß. Protestantismus nach d. Zusammenbruch v. 1918, 1976;

J. R. C. Wright, „Über den Parteien“, Die pol. Haltung d. ev. Kirchenführer 1918-33, 1977;

K. Nowak, Ev. Kirche u. Weimarer Republik, Zum pol. Weg d. dt. Protestantismus zw. 1918 u. 1932, 1981;

RGG.

**Autor**

Christa Stache

**Empfohlene Zitierweise**

, „Möller, Reinhard Johannes“, in: Neue Deutsche Biographie 17 (1994), S. 648-649 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>



---

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---